

Ratgeber Geistiges Eigentum

Guter Rat ist gratis

Thomas Pfyffer, Redaktion «Zürcher Wirtschaft»

Besser, Sie befassen sich rechtzeitig mit den Herausforderungen rund um Geistiges Eigentum, bevor Sie unfreiwillig dem Thema hinterherrennen.

Das IP-Beratungsnetzwerk (IP für intellectual property) des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum (IGE) und dreier Patentanwaltsverbänden bietet eine erste Orientierung im Rahmen einer unentgeltlichen 45-minütigen Erstberatung für KMU. Folgendes müssen Sie dazu wissen.

Die Beteiligten und ihre Zielsetzung

Das IP-Beratungsnetzwerk ist eine Public Private Partnership des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum (IGE) und der Patentanwaltsverbände VESPA, VSP und LIPAV. Es soll kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) den Einstieg in das Immaterialgüterrecht vereinfachen und bezweckt, diesen sowie Einzelpersonen die Inanspruchnahme von unentgeltlichen Erstberatungen zum Patentschutz und zum urheberrechtlichen Schutz von Software zu ermöglichen.

Angebot des IGE

Das IGE koordiniert das Netzwerk und führt und publiziert auf seiner Homepage eine Liste der am Netzwerk beteiligten Kanzleien.

Das IGE offeriert zudem unentgeltliche Informationen unter folgenden Bedingungen:

- Die Auskünfte dienen der allgemeinen Information zu immaterialgüterrechtlichen Themen. Obwohl die Anfragen üblicherweise durch ein konkretes Problem des Ratsuchenden bedingt sind, erbringt das IGE keine fallbezogene Beratung, in der z.B. Empfehlungen zur besten Schutzstrategie abgegeben werden.
- Die Auskünfte werden üblicherweise auf telefonischem Wege abgegeben, eine persönliche Auskunft in den Räumlichkeiten des IGE ist jedoch auch möglich. Bei der telefonischen

Auskunft versucht das Contact-Center des IGE, die vom Anrufenden gewünschten Informationen abzugeben. Bei Bedarf wird der Ratsuchende mit dem zuständigen Pikettendienst des IGE verbunden.

- Im Rahmen seiner hoheitlichen Aufgaben als Prüfungsbehörde der schweizerischen Patentanmeldungen gibt das IGE dem Patentanmelder dossierbezogene Auskünfte zum Prüfungsverfahren.

Für eine fallbezogene Beratung, die über den beschriebenen Leistungsumfang hinausgeht, wird der Ratsuchende auf die unentgeltliche Erstberatung durch die angemeldeten Patentanwaltskanzleien verwiesen.

Angebot der Patentanwaltskanzleien

Die unentgeltliche Erstberatung der Patentanwaltskanzleien beinhaltet eine einmalige persönliche Beratung von maximal 45 Minuten, durchgeführt in den Räumlichkeiten der Patentanwaltskanzlei. Sie kann sich auf das gesamte Gebiet des Patentschutzes und des urheberrechtlichen Schutzes von Software erstrecken und namentlich Fragen der Schutzfähigkeit, der besten Schutzstrategien und der Kosten zur Erlangung des Schutzes umfassen.

Die Qualität der Beratung ist insofern sichergestellt, als sich nur Patentanwaltskanzleien am Netzwerk beteiligen können, welche Europäische Patentanwälte (bzw. zukünftig auch Patentanwälte im Sinn des bald in Kraft tretenden Patentanwaltsgesetzes) beschäftigen. Die Beratung darf nur von fachlich qualifizierten Mitarbeitern erbracht werden.

Weitere Details zum IP-Beratungsnetzwerk, die detaillierten Rahmenbedingungen für die Beratung sowie die Liste der am Netzwerk beteiligten Patentanwaltskanzleien finden Sie unter www.ige.ch/ip-netz.

**Auf der grünen Wiese**

2010 ist Geschichte, ein neues Jahr ist angebrochen und die Welt steht noch. Die Schweinegrippe hat sich endgültig als harmloser Schnupfen entpuppt, im Golf von Mexiko schwimmen heute mehr Fische umher als vor der grossen Ölkatastrophe und die Klimaerwärmung kapituliert nun schon zum dritten Mal in Folge vor einem überharten Winter. Eine gute Gelegenheit, vielleicht wieder einmal etwas optimistischer in die Zukunft zu blicken.

Sollte man meinen. Doch leider ist zu erwarten, dass die Prediger des Weltuntergangs auch 2011 am lautesten zu hören sein werden. Ein Thema beschäftigt diese seit langem besonders intensiv: Die vermeintlich zügellose Überbauung der Schweiz. Das Mittelland verkomme zu einer einzigen grossen Agglomeration, jeder grüne Flecken werde zubetoniert, das Land erstickt unter Zuwanderung und Bauboom. Ein reichlich weltfremder Befund – wer nämlich hin und wieder mit dem Zug unterwegs ist und beim Blick aus dem Fenster nichts ausser Feld, Wald und Wiese wahrnimmt, der weiss es besser: von beengten Verhältnissen keine Spur. Zugegeben, die Agglomerationen fressen sich zusehends ins Land hinein, und es findet in gewisser Masse eine Zersiedelung statt. Doch anstatt diese Entwicklung als Bedrohung zu sehen, sollte man nüchtern nach Lösungen suchen.

Die Denkfabrik Avenir Suisse, allgemein bekannt für ihre vernünftige Sicht der Realität, gibt völlig zu Recht zu bedenken, dass die Stadt Tokio mit ihren 8,5 Mio. Einwohnern problemlos im Kanton Glarus Platz finden würde. Man merke: Verdichtetes Bauen ist das Gebot der Stunde. Doch hier zeigt sich die schweizerische Kleinststaatsparanoia in ihrer ganzen Pracht. Man will gleichzeitig Wohlstand, eine perfekte Infrastruktur und eine intakte Natur, doch wenn einmal ein Haus höher als fünf Stockwerke gebaut werden soll, hagelt es Einsprüche besorgter Anwohner, meist gedeckt von Linken, Grünen und dem VCS. Gerade die Stadt Zürich hat sich in den letzten Jahren zu einem für Grossprojekte ausgesprochen feindseligen Terrain entwickelt.

Egal ob Stadion, Kongresshaus oder Seerestaurant – stets sind die selbsternannten Weltretter zur Stelle, um die wenigen grünen Flächen in der Stadt vor der Verödung zu bewahren. Nun haben sie sich erneut in Stellung gebracht, diesmal vor dem geplanten Erweiterungsbau des Landesmuseums, welcher ganze drei Prozent des altherwürdigen Platzspitzparks zerstören würde. Nein, man muss das geplante Projekt nicht schön finden. Trotzdem sollte man ihm zustimmen: es wäre bedenklich, wenn es den Ewiggestrigen einmal mehr gelänge, ein grosses Bauvorhaben zu verhindern.